



# Neues aus Düsseldorf

Ausgabe 08/2019

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in meinem letzten Newsletter in diesem Jahr möchte ich Sie und euch über die aktuellen Debatten im Dezember-Plenum informieren und auch auf das Jahr 2019 zurückblicken.

Ein bewegtes und ereignisreiches Jahr 2019 neigt sich dem Ende entgegen. Das erste Mal in unserer Geschichte haben wir als Partei mit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans eine Doppelspitze. Ein deutliches Signal für die inhaltliche und personelle Neuausrichtung. Gemeinsam ziehen wir in die neue Zeit.

Am Freitag kippte der Verfassungsgerichtshof in Münster die von der schwarz-gelben Landesregierung beschlossene Abschaffung der Stichwahl für BürgermeisterInnen und LandrätInnen in NRW. Mit seiner Entscheidung hat der Verfassungsgerichtshof dem machttaktischen Gefummel von CDU und FDP am Wahlrecht einen Riegel vorgeschoben. Insbesondere die CDU wollte sich ohne die Stichwahl die Rat- und Kreishäuser zur Beute machen. Die Entscheidung pro Stichwahl ist ein wichtiger Erfolg für die Demokratie! Und es gibt uns Rückenwind für die anstehende Kommunalwahl.

Als umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag freut es mich, dass dieses Jahr das Thema Klima- und Umweltpolitik endlich einen größeren Stellwert eingenommen hat und politisch in den Vordergrund der Debatte gelangt ist. Bereits seit Jahrzehnten bin ich als Umwelt- und Klimapolitiker unterwegs und daher ist es für mich ein bedeutsames Zeichen, dass dem Thema endlich die Aufmerksamkeit zukommt, die es eigentlich verdient. Ich bin davon überzeugt, dass das Klimapaket der Bundesregierung ein erster wichtiger Schritt ist. Nun gilt es hieran kontinuierlich und konsequent weiter zu arbeiten. Wir haben nur diese eine Welt und es ist unsere Verantwortung, dass sie uns und zukünftigen Generationen so erhalten bleibt. In der aktuellen Stunde „Durchbruch geschafft: Klimaschutzpaket des Bundes hat Chancen für Nordrhein-Westfalen“ am letzten Donnerstag haben wir dazu wieder intensiv diskutiert. Meine Redebeiträge kann man sich hier anschauen ([Teil I](#) und [Teil II](#)).

Ein besonderes Highlight in diesem Jahr war für mich der Besuch von Bundesumweltministerin Svenja Schulze. Gemeinsam haben wir im Mai das Naturschutzzentrum Coesfeld e.V. in Nottuln-Darup besucht und anschließend in einer Diskussionsveranstaltung mit über 120 Bürgerinnen und Bürger über das Thema Insektensterben und Artenvielfalt diskutiert.

Meine traditionelle Sommerradtour im Kreis Coesfeld mit dem Schwerpunkt Mobilität war ein weiteres Highlight. Mit dem ADFC Münsterland, VertreterInnen von verschiedenen Bürgerbusvereinen sowie Fahrradläden konnte ich viele spannende und informationsreiche Gespräche führen. Eins wurde hier ganz deutlich: Die Mobilität im ländlichen Raum muss spürbar gestärkt werden. Land, Kreis und Kommunen müssen gemeinsam handeln, um ein ganzheitliches Mobilitätskonzept zu entwerfen.

Im Januar melde ich mich mit meinem Newsletter wieder zurück. Bis dahin wünsche ich allen Leserinnen und Lesern ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in ein erfolgreiches neues Jahr, und natürlich viel Spaß beim Lesen des Newsletters!

André Stinka MdL

## DIE DEMOKRATIE HAT GEWONNEN: DIE STICHWahl BLEIBT!

Der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof hat entschieden, dass die Abschaffung der Stichwahl für BürgermeisterInnen und LandrätInnen durch CDU und FDP verfassungswidrig ist.

Ich meine, dass das ein sehr gutes Zeichen für die kommunale Demokratie ist, denn BürgermeisterInnen und LandrätInnen sollen alle Menschen vertreten. Dafür müssen sie eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hinter sich wissen.

Mit der Entscheidung hat der Verfassungsgerichtshof der schwarz-gelben Landesregierung einen Denkkzettel verpasst und ihre Idee als klar verfassungswidrig eingestuft. Auch zukünftig werden die BürgermeisterInnen und LandrätInnen in Nordrhein-Westfalen von der Mehrheit der Bevölkerung getragen.

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hatte in einem schnellen Verfahren die Stichwahl bei Kommunalwahlen abgeschafft. Gegen diese im April verabschiedeten Änderungen am Kommunalrecht haben die beiden Landtagsfraktionen SPD und Grüne vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes geklagt und Recht bekommen.



## LANDESREGIERUNG STIMMT FÜR ERHALT DER STRAßENAUSBAUBEITRÄGE



Der Landtag hat am Mittwoch mit den Stimmen von CDU und FDP die erfolgreichste Volksinitiative in NRW und damit eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge abgelehnt.

Damit missachtet die schwarz-gelbe Landesregierung über 120 Resolutionen aus Städten und Gemeinden in NRW, über 60 Bürgerinitiativen und die Stimmen von knapp 500.000 Menschen, die die Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zur erfolgreichsten in der Geschichte des Landes gemacht haben.

Alle Abgeordneten von CDU und FDP haben ausnahmslos gegen eine Abschaffung der Beiträge gestimmt. Damit wird es auch zukünftig Beitragsbescheide geben, die Menschen in ihrer Existenz bedrohen werden. Gleichzeitig haben die Abgeordneten von CDU und FDP für ein Gesetz gestimmt, das nach dem parlamentarischen Gutachterdienst nicht den Anforderungen der Verfassung genügt. Mit diesem Gesetz wird bei den Kommunen das Verhältnis zwischen den Einnahmen aus den Straßenausbaubeiträgen und dem Aufwand, den es für die Erhebung dieser Beiträge braucht, weiter verschlechtert. Das macht das bürokratische System der Straßenausbaubeiträge noch unwirtschaftlicher und führt es ad absurdum.

Wir werden weiter mit den Bürgerinitiativen und den Menschen im Land für die Abschaffung der ungerechten und bürokratischen Straßenausbaubeiträge kämpfen. Straßenausbaubeiträge kann man abwählen – im September 2020 bei der Kommunalwahl und im Jahr 2022 bei der Landtagswahl.

André Stinka

**Wir wollen eine Globalisierung, die nachhaltig und gerecht ist. Für alle. Das schaffen wir nur, wenn auch Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen ihre ökologische, soziale und menschenrechtliche Verantwortung wahrnehmen und damit ihren Beitrag leisten.**

#FairGehMehR



In der letzten Plenarwoche im Dezember 2019 haben wir drei Anträge eingebracht, mit denen wir NRW zum Motor der Nachhaltigkeitswende machen wollen. Die Anträge wurden im Rahmen der 1. Jugendwerkstatt der SPD-Landtagsfraktion erarbeitet.

Mit unserem Antrag „Wege zu mehr Verantwortungsbewusstsein in der Konsumgesellschaft“ setzen wir uns für ein nachhaltiges Wirtschaften in unserer

Konsumgesellschaft ein. Nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch die Anbieter müssen mehr Verantwortung für nachhaltiges Handeln übernehmen. Denn unsere Art zu leben, schadet dem Klima, der Umwelt und dem sozialen Frieden. Wir fordern deshalb eine Landesstrategie für verantwortungsvollen Konsum, in der klare und nachprüfbar Ziele für nachhaltiges Handeln festgelegt werden. Außerdem wollen wir Anreize für verantwortungsvolles Verhalten und mehr Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit für Vorzeigeprojekte schaffen. Wir wollen, dass die Vielen von einem fairen NRW profitieren, nicht nur Wenige.

In unserer global vernetzten Welt ist es keine Seltenheit, dass ein einziges Kleidungsstück arbeitsteilig von bis zu 140 Akteuren aus unterschiedlichen Ländern produziert wird. Lieferketten sind heute komplexer als jemals zuvor. Die Produktionsbedingungen sind dabei nicht selten von Zwangsarbeit, Ausbeutung, Kinderarbeit und umweltschädlichen Methoden geprägt. Verbraucherinnen und Verbraucher entwickeln aber zunehmend ein Bewusstsein für die Problematik. Wir müssen faire Produktionsbedingungen für die Vielen schaffen und fordern deshalb die Landesregierung mit unserem Antrag „NRWs Beitrag zu einem Lieferkettengesetz: Faire Produktionsbedingungen für die Vielen schaffen“ auf, sich gegenüber der Bundesregierung für ein Lieferkettengesetz stark zu machen. Damit sollen Unternehmen dazu verpflichtet werden, sich an Menschenrechte und Umweltstandards entlang ihrer Lieferketten zu halten. Meine Rede zu diesem Antrag kann man [hier](#) nachverfolgen.

Jährlich vergibt die öffentliche Hand Aufträge in Höhe von ca. 50 Milliarden Euro.

Deshalb fordert unser dritter Antrag „NRW.fair—Land und Kommunen zum Motor fairer Beschaffung machen“ die schwarz-gelbe Landesregierung auf, die öffentliche Beschaffung fair und nachhaltig zu gestalten. Momentan sind Kommunen rechtlich nicht abgesichert, wenn es um faire und nachhaltige Beschaffung geht. Wir wollen mit unserem Antrag dafür sorgen, dass alle Kommunen in NRW unabhängig von ihrer Haushaltssituation Nachhaltigkeitsaspekte in ihren Ausschreibungen aufnehmen können und dabei durch Rechtssicherheit gestützt werden.

Die schwarz gelbe Landesregierung agiert in ihrem Entfesselungswahn hierbei leider ohne jeden Plan. Wir wollen für mehr Bewusstsein sorgen und die Grundlage dafür schaffen, dass die Globalisierung für alle gerecht und nachhaltig ist. Wir brauchen mehr Tatkraft und weniger Tatort alla Laschet.

Hier unsere Anträge zum Nachlesen:

[Drucksache 17/8103: Verantwortungsbewusstsein in der Konsumgesellschaft](#)

[Drucksache 17/8102: Lieferkettengesetz](#)

[Drucksache 17/8104: NRW zum Motor der Nachhaltigkeitswende machen](#)



## WEIHNACHTSGRUßAKTION AUF DEM DÜLMENER WOCHENMARKT



Wie in den letzten Jahren, war ich auch in diesem Jahr wieder in der Adventszeit auf dem Dülmener Wochenmarkt unterwegs, um selbstgebackene Plätzchen zu verteilen. Unser designierter Landratskandidat Hermann-Josef Vogt hat mich dabei begleitet.

Vielen Bürgerinnen und Bürgern konnten wir einen kleinen Weihnachtsgruß mit den besten Wünschen für das kommende Jahr übergeben. So ergab sich auch die Möglichkeit für einen Austausch. In den Gesprächen wurden mir immer wieder Probleme auf dem Wohnungsmarkt geschildert. Hier muss dringend mehr getan werden. Dafür werden wir uns als SPD-Landtagsfraktion auch im nächsten Jahr weiter einsetzen.

Ich bedanke mich für die vielen positiven Reaktionen auf die Weihnachtsgrußaktion und ich kann bereits jetzt versprechen auch nächstes Jahr meine Plätzchen-Tradition auf dem Dülmener Wochenmarkt fortzuführen.

## AUSTAUSCH MIT DEM SOZIALDIENST KATHOLISCHER FRAUEN DÜLMEN E.V.

Mitte Dezember war ich zu Gast beim Sozialdienst katholischer Frauen (kurz SkF) in Dülmen, um über die Arbeit des Betreuungsvereins zu sprechen. Die Geschäftsführerin Monika Schulz-Wehrmeyer, die Vorsitzende Bärbel Bleiker und die Ehrenamtskoordinatorin Dagmar Klose berichteten mir im Gespräch von einigen Problemen, die sich in letzter Zeit ergeben haben.

So wurde bei der Landesförderung für Betreuungsvereine die Basisförderung zwar angehoben, was insbesondere kleineren Vereinen zu Gute kommt. Leider wurde im gleichen Atemzug jedoch die Bonusförderung verringert. Diese Bonusförderung ist eine Pro-Kopf-Auszahlung pro Ehrenamtler/in. Dadurch geraten größere Vereine wie etwa der SkF in Schieflage: Sofern die finanziellen Mittel fehlen, können die über 130 Ehrenamtlichen nicht mehr adäquat durch die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen betreut und unterstützt werden. Der SkF fordert deshalb die Anhebung der Pro-Kopf-Fördersumme, um die Förderung wieder auf das alte Niveau bringen zu können.

Ausgaben im Bereich Soziales sind immer ein harter und schwerer Kampf, den es aber zu führen gilt - denn das Engagement ist von unmessbarem Wert für unsere Gesellschaft. Deshalb gilt mein Dank den ehrenamtlichen Helfern für ihre unverzichtbare Arbeit. Ich kann den Unmut des Sozialdienstes sehr gut verstehen und werde die Bedenken mit in die SPD-Landtagsfraktion nehmen und dort mit meinen Kolleginnen und Kollegen über Nachbesserungen diskutieren.



## HOHE FÖRDERGELDER DER STIFTUNG WOHLFAHRTSPFLEGE FÜR KREIS COESFELD

Es gibt gute Nachrichten: Insgesamt knapp 1,8 Millionen Euro an Fördergeldern der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW fließen in Projekte im Kreis Coesfeld. Über eine Millionen Euro davon gehen unter anderem in die Kreisstadt selbst. Die von der Bischöflichen Stiftung Haus Hall getragenen Neubauten einer Frühförderstelle, einer inklusiven Kindertagesstätte und eines inklusiven Kinderzentrums werden gefördert. In Dülmen wird der Neubau des Caritas-Hauses mit einer halben Millionen Euro unterstützt.

Ich freue mich über diese positiven Nachrichten – denn damit können wertvolle Projekte vor Ort realisiert werden, die einen großen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Die Träger übernehmen wichtige soziale Aufgaben in unserem Kreis, die durch die Fördermittel der Stiftung Wohlfahrtspflege gestärkt werden.